Medien

Messer in den Rippen

Zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern hat der Wettlauf um Fernseh- und Hörfunkrechte in der DDR begonnen.

Seit sich am 9. November Mauer und Grenze geöffnet haben, ist unter Deutschen in Ost und West ein neuer Medienkampf entbrannt.

Fernseh- und Hörfunksender hüben und drüben, die sich einst gegenseitig madig machten, schachern nun um vorteilhafte Zusammenarbeit und Einfluß im vereinten Deutschland. Die bis dahin festgefügte Funklandschaft ist in Bewegung geraten, im Clinch ist jeder mit jedem.

TV-Manager und Medienpolitiker überbieten sich mit Plänen zur Umverteilung von Programmaufgaben und Sendegebieten. Die Devise des Programmdirektors Dettmar Cramer vom Kölner Deutschlandfunk: „Auch im Äther kommt die Einheit."

Private und öffentlich-rechtliche Konkurrenten liefern sich bereits heftige Fehden um Senderechte in der Ostrepublik. „Man will uns kaufen", grollte DDR-Generalintendant Hans Bentzien, Chef des Deutschen Fernsehfunks (DFF), „aber wir lassen uns nicht verkaufen."

Am augenfälligsten haben sich vorerst die Gewichte zwischen Bonn und Berlin verschoben. Während der WDR den geplanten Umzug seines Studios in Bonn aufschob, wurde unverzüglich der Ausbau des Ost-Berliner ARD-Studios beschlossen. Noch dieses Jahr sollen für neue Technik und mehr Mitarbeiter insgesamt 5,5 Millionen Mark in das Ost-Berlin-Studio fließen.

Der unionsnahe Intendant Günther von Lojewski vom Sender Freies Berlin (SFB) hält den Studioausbau zumindest für übereilt. Lojewskis Halbstadtsender, der bislang in ummauerter Insellage dahinkümmerte, hat durch die Grenzöffnung enorm an Motivation gewonnen und sieht sich nun selbst als geeignetes „Dienstleistungszentrum für die erweiterte DDR-Berichterstattung".

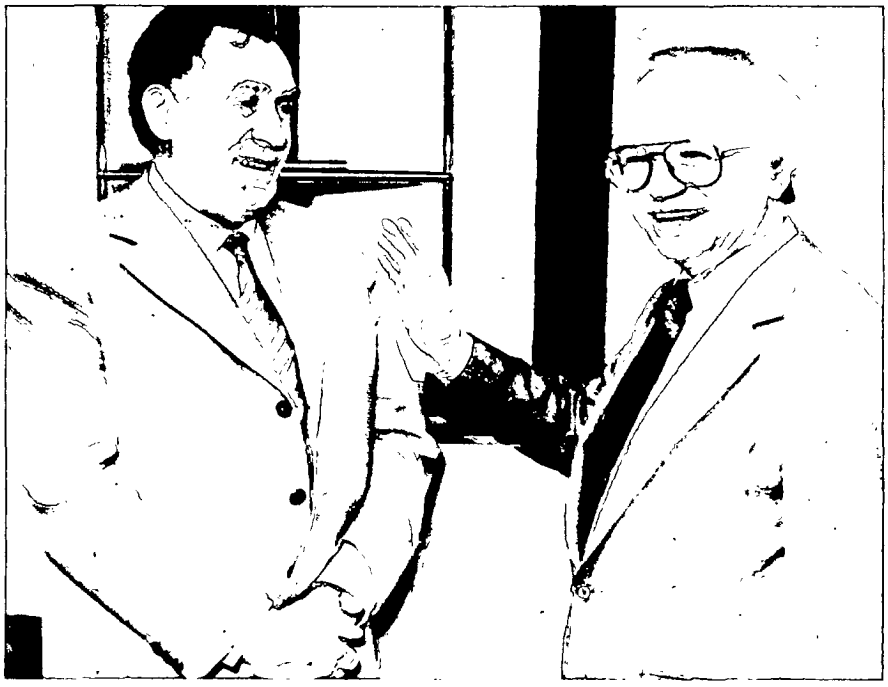
Große Pläne mit dem SFB haben auch die regierenden Stadtpolitiker. Der SPD-Senatschef Walter Momper versicherte Lojewski: „Der SFB ist und bleibt die Landesrundfunkanstalt." Kultursenatorin Anke Martiny (SPD) träumt schon von einer regionalen Ehe des Senders mit dem (Ost-)Berliner Rundfunk unter der Kurzbezeichnung BBR („Berlin-Brandenburgischer Rundfunk") – mit einem Sendegebiet von sechs Millionen Einwohnern.

Einmal in Schwung, krempelte die Senatorin in ihrem Szenario gleich die „Grobstrukturen auf gesamtdeutscher Ebene" um. „In einem vereinten Deutschland stünden von Rhein bis Oder . . . nur zwei nationale Fernsehketten zur Verfügung", je zur Hälfte im Westen (ARD/ZDF) und im Osten (DFF 1/DFF 2). Es gehe nicht an, so Anke Martiny, wie von Planern vorgeschlagen, die beiden DDR-Wellen einfach „ohne großes Federlesen" in einem gesamtdeutschen Verbund durch die beiden BRD-Programme zu ersetzen.

Die Entscheidung, wie der Staatsfunk der DDR „zentral oder dezentral in ein vereintes Deutschland eingegliedert" werden soll, so der ARD-Vorsitzende Hartwig Kelm vom Hessenfunk, ist längst nicht gefallen. Bis dahin wird um vielfältige Einzelprobleme gestritten:

- Was wird, neben dem SFB, aus dem zweiten West-Berliner Stadtsender, dem Rias?
- Werden die DDR-Sender auf eine neue Länderstruktur des Oststaates zugeschnitten, oder bleiben sie in ihrer jetzigen Ausdehnung bestehen?
- Sollen der Deutschlandfunk (West) und der Deutschlandsender, vormals Stimme der DDR, nebeneinander existieren, sollen sie verschmolzen werden, oder wird einer vom anderen verdrängt?
- Schließen sich ARD und DFF 1 zu einer gesamtdeutschen TV-Gemeinschaft zusammen? Bleiben ZDF und DFF 2 nebeneinander erhalten? Werden private Sender gleichrangig neben einem öffentlich-rechtlichen System in der DDR aufgebaut?
- Welche privaten TV- und Hörfunksender erhalten Lizenzen?

Der Mainzer Lobbyist Jürgen Doetz, Geschäftsführer des TV-Senders Sat 1, drängte so ungestüm auf die Einführung des Privatfunks in der DDR, daß er sich sogar mit Kollegen überwarf. In einem 13-Punkte-Katalog verlangte Doetz, scheinbar großzügig, die Senderkette von DFF 1 in eine erweiterte Arbeitsgemeinschaft mit der ARD einzubringen und auf den Frequenzen von DFF 2 das Programm des ZDF auszustrahlen. Der Hintergedanke: Bei dieser Aufteilung stünden am ehesten DDR-Frequenzen für Privatsender zur Verfügung.



TV-Intendanten Bentzien, Nowottny: „Wir lassen uns nicht verkaufen"

ARD-Chef Kelm empörte sich über Doetz' „medienpolitischen Kolonialismus"; ZDF-Intendant Dieter Stolte tadelte, Doetz verhalte sich nach „Gutsbesitzermanier". Programmdirektor Helmut Thoma vom Privatsender RTL plus war über den „Unfug" so verärgert, daß er, wie andere Kollegen, die Mitgliedschaft seiner Firma bei einem von Doetz geführten Privatfunkverband kündigte.

Ohne Not legte sich der Christdemokrat Doetz, früher stellvertretender Regierungssprecher in Rheinland-Pfalz, auch mit seinem Parteifreund Dieter Weirich an, dem Intendanten der Deutschen Welle (DW). Doetz hatte nämlich auch für die „Auflösung" der Bundessender DW, Deutschlandfunk und des amerikanischen Rias in Berlin plädiert. Weirich, zuvor CDU-Bundes-

tagsabgeordneter: „Blühender medienpolitischer Unsinn."

In der DDR reagierte TV-Generalintendant Bentzien unwirsch auf den „handfesten Angriff". Auch bei ARD und ZDF gebe es „Großmannssucht". Es sei eine Zumutung, so der Senderchef, wenn das DDR-Fernsehen in einem vereinten Deutschland Senderechte abgeben solle. Sein Haus wolle sich dagegen schützen, „daß einem das Messer in die Rippen gestoßen wird".

Beim DDR-Sendepersonal geht dennoch „das Gespenst des Arbeitsplatzverlustes" um (so der Bonner *Funkreport*). Das ist bei dem aufgeblähten Personalstand nicht verwunderlich: 8000 Bedienstete zählen zu Bentziens Fernsehfunk; noch einmal 4000 Beschäftigte werkeln an den fünf Hörfunkprogrammen, darunter sogar Friseure. „Bei uns gibt's nicht mal beim Fernsehen genug Friseure", spottet ein SFB-Mitarbeiter, „aber wozu braucht man die beim Radiomachen?"

Das PDS-Mitglied Bentzien ist darauf bedacht, sein altstalinistisches Fernsehreich in die neue Zeit hinüberzuretten. In den Redaktionsstuben hocken, bisher unbehelligt, einst linientreue Wortführer, Denunzianten und Stasi-Mitarbeiter. „Der breite Mittelbau des Senders ist noch immer nicht bekehrt", sagt ein Szenekenner.

Der Generalintendant, der auf wackligem Stuhl sitzt, suchte sich zunächst mit dem Plan zu retten, seinen Staatsbetrieb zur öffentlich-rechtlichen Anstalt umzubauen. Mit dem ZDF vereinbarte er den Eintritt ins Konsortium des Satellitenprogramms 3Sat (mitbeteiligt: der Schweizerische und Österreichische Rundfunk).

Doch nach dem Überraschungssieg der konservativen Allianz für Deutschland bei den Volkskammerwahlen wechselte Bentzien blitzartig die Marschrichtung. Überraschend schlug er ein Angebot von ARD und ZDF aus, für das am Dienstag startende DDR-Werbefernsehen die Akquisition zu übernehmen. Statt dessen schloß er mit der französischen Marketingfirma Information et Publicité ab.

Damit vermied Bentzien die Umarmung der öffentlich-rechtlichen West-Anstalten. Zugleich verschaffte er seinen Fernsehkadern einen schnellen Kapitalzufluß von der französischen Firma, deren Garantiesumme für den Werbevertrag 180 Millionen Mark betrug.

Dennoch könnte sich der Taktiker verrechnet haben. Der Ost-Berliner Medienkontrollrat und auch Konservative fühlten sich von Bentziens Coup provoziert. In verschiedenen Parteien wird nun erwogen, die offenbar kaum reformierbaren DDR-Sender vor einem Neuaufbau total zu liquidieren. Bentzien selbst schließt nicht aus, daß die DDR-CDU ihn „feuert".

Unterdessen schafft die Bundesregierung in aller Stille medienpolitische Fakten. Kein Experte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, kein Privatfunk-Vertreter sitzt dabei, wenn eine Arbeitsgruppe des Bundespostministeriums, der Bonner Telekom-Generaldirektion und der DDR-Post über verfügbare Frequenzen und die deutsch-deutsche Fernsehberieselung berät.

Bentziens Deutscher Fernsehfunk ist nicht das einzige Sendeunternehmen, das bei einer gesamtstaatlichen Neuordnung des Rundfunks ums Überleben kämpfen muß. Auch die auf den ideologischen Wettstreit der Systeme getrimmten Hörfunk- und Fernsehsender stehen vor Programmproblemen.

So galt der Kölner Deutschlandfunk seit seiner Gründung 1962 als Wiedervereinigungssender, der ein „umfassendes Bild Deutschlands" mit Schwerpunkt in der DDR vermitteln sollte – eine Aufgabe, die sich erledigt hat.

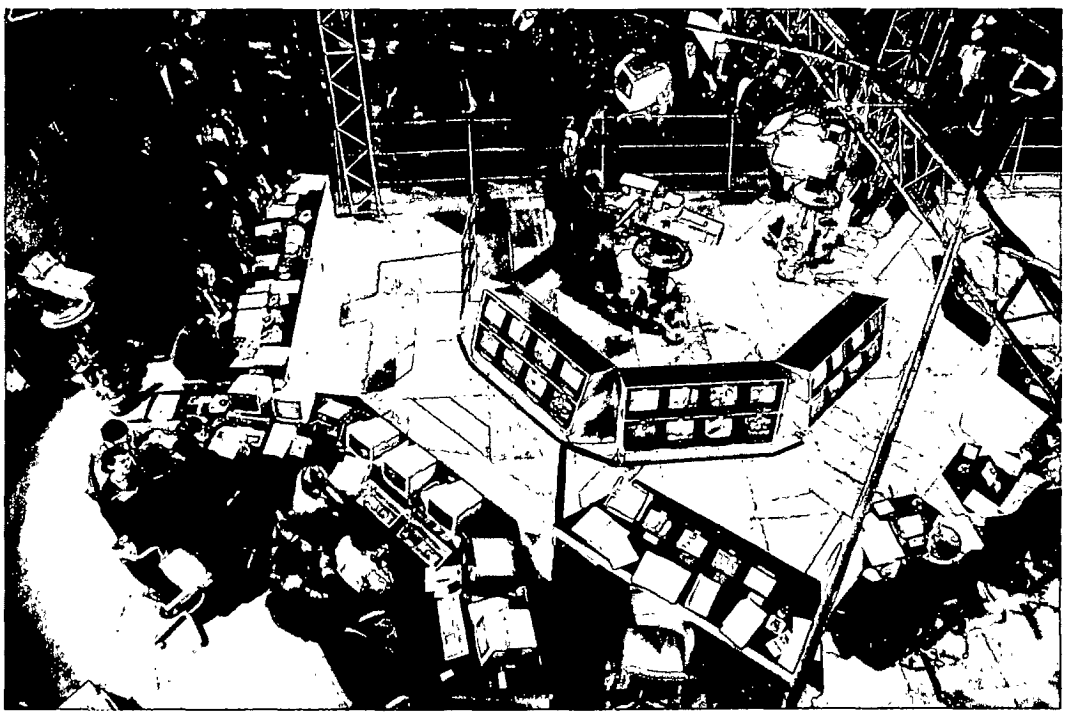
Ähnlich verstand sich der US-Sender Rias, dessen Betrieb zu gut 90 Prozent von der Bundesregierung bezahlt wird, als eine „freie Stimme der freien Welt". Und die Deutsche Welle mit ihren Fremdsprachenprogrammen sendete weltweit gegen Radio Berlin International an – eine schal gewordene DDR-Konkurrenz.

In manchen Fällen, unkte Hermann Meyn, der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands, bleibe wohl nur die schlichte Formel übrig: „Aus zwei mach eins." Doch die drei Sender wollen nicht kampflos aufgeben.

Rias-Intendant Helmut Drück beruft sich auf die große Popularität seines Hörfunks in Berlin und in weiten Teilen der DDR. Zudem müsse die „aufklärerisch-antifaschistische" Nachkriegstradition seines Senders „angesichts neuerlicher Anflüge deutschnationaler Höhenräusche" bewahrt bleiben.

DW-Chef Weirich sieht die Zukunft seiner Weite-Welt-Station als „gesichert" an. Weirich: „In einem vereinten Deutschland wird diese Aufgabe wichtiger denn je." Der Deutschlandfunk mit seiner europäischen Umfeldwirkung, so Intendant Edmund Gruber, müßte für ein geeintes Deutschland „erfunden werden, wenn es ihn nicht schon gäbe". Und Grubers Programmdirektor Cramer fand, das Berliner Rias-Funkhaus sei genau die richtige Nebenstelle für seinen Sender, die von dort über die neue „Hauptstadtfunktion" Berlins berichten könne.

Das Rias-Tanzorchester und der Rias-Kammerchor, so Cramer generös, könnten ja „erhalten bleiben". ◄



TV-Berichterstattung über DDR-Wahl*: „Auch im Äther kommt die Einheit"

* Im Ost-Berliner Palast der Republik am 18. März.